

Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn

Martin Koschkar und Steffen Schoon

1. Die Ausgangslage

Die politische Landschaft und das Wählerverhalten Mecklenburg-Vorpommerns sind durch eine relativ hohe Kontinuität und Stabilität geprägt. So wurde die SPD seit 1998 bei drei Landtagswahlen in Folge stärkste politische Kraft und stellte jeweils anschließend den Ministerpräsidenten. Der politische Wettbewerb konnte auch als „Drei-Parteien-System“ beschrieben werden, da seit 1994 nur CDU, SPD und die damalige PDS im Landtag vertreten waren. Die Wahl von 2006 brachte jedoch einige Bewegung in den Parteienwettbewerb. Zum einen waren nunmehr mit der FDP (9,6 Prozent) und der rechtsextremen NPD (7,3 Prozent) insgesamt fünf Parteien im Schweriner Schloss vertreten. Zum anderen vollzog Ministerpräsident *Harald Ringstorff* (SPD) für viele überraschend einen „halben Regierungswechsel“. Trotz einer knappen Mandatsmehrheit mit der PDS.Linkspartei setzte er nicht die maßgeblich von ihm 1998 geschmiedete rot-rote Koalition fort, sondern entschied sich für die fast gleichstarke CDU als Koalitionspartner. Eine neuerliche rot-rote Regierung erschien den Sozialdemokraten letztlich aufgrund eines wachsenden Einflusses fundamentalerer Positionen innerhalb der PDS.Linkspartei als ein zu hohes Risiko.¹

Im Gegensatz zur ersten Großen Koalition des Landes von 1994 bis 1998 unter *Berndt Seite* (CDU), die von einer gegenseitigen Abneigung der Akteure geprägt war und mehrmals kurz vor dem Bruch stand, entwickelte sich die Neuauflage des rot-schwarzen Bündnisses zu einer konfliktfreien, fast schon harmonischen Kooperation. Dies änderte sich auch nicht, als *Harald Ringstorff* 2008 aus eigenem Entschluss seine Nachfolge regelte und *Erwin Sellering* (SPD), bis dahin Sozialminister, zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Mit *Sellering*, der zuvor auch Vorsitzender der Landespartei geworden war, stand erstmals ein gebürtiger Westdeutscher an der Spitze einer mecklenburg-vorpommerschen Landesregierung. Mit dem Amtswechsel ging zudem eine Kabinettsumbildung einher, in der sich die SPD personell erneuerte. Hiervon profitierte nicht zuletzt die neue Sozialministerin *Manuela Schwesig*, die zuvor lediglich Fraktionschefin in der Schweriner Stadtvertretung war und in kürzester Zeit in den engeren Führungszirkel der Bundes-SPD aufstieg.

Die Arbeit der Großen Koalition von 2006 bis 2011 erfuhr aus verschiedenen Perspektiven eine positive Bewertung. 55 Prozent der Bevölkerung zeigten sich im Wahljahr zufriedener oder sogar sehr zufrieden, ein Wert, der von keiner vorherigen Landesregierung erreicht

1 Vgl. *Nikolaus Werz / Steffen Schoon*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 67 – 83.

wurde.² Neben der „unaufgeregten“ Regierungsführung konnte die Koalition durchaus auf Erfolge in der Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik verweisen. Mecklenburg-Vorpommern nimmt seit mehreren Jahren keine neuen Schulden auf. Die Arbeitslosigkeit sank stetig auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung, so dass dieses Themenfeld in der Bevölkerung zwar nach wie vor als das drängendste Problem angesehen wird, aber 2011 deutlich gewichtet bewertet wurde als bei den vorherigen Wahlen. Zudem konnte die Regierung einige zentrale Reformvorhaben auf den Weg bringen. Insbesondere die in der Bevölkerung umstrittene Kreisgebietsreform, durch die die mit Abstand größten Landkreise der Bundesrepublik geschaffen wurden, steht auf der Haben-Seite der Regierungsbilanz. Die vorherige rot-rote Koalition war mit demselben Vorhaben noch am Landesverfassungsgericht gescheitert. Allerdings bestätigten die erneut angerufenen Greifswalder Richter das Gesetz im August 2011 nur denkbar knapp mit vier zu drei Stimmen.³ Die grundsätzliche Zufriedenheit mit der Landesregierung kam allerdings in den Umfragen fast ausschließlich der SPD zugute. Die CDU konnte hiervon kaum profitieren, obwohl sie mit dem Wirtschaftsministerium unter *Jürgen Seidel* und dem Innenministerium unter dem Landespartei- und Spitzenkandidaten *Lorenz Caffier* zentrale Ressorts der Wahlperiode führte.

Neben der Großen Koalition bildete auch die Stimmungslage im Bund die entscheidende strategische Hintergrundfolie für die Wahl am 4. September. Durch das Stimmungstief der Bundes-FDP war eine schwarz-gelbe Mehrheit im Land von vornherein ausgeschlossen. Dagegen konnten die Grünen auch aufgrund der hohen Umfragewerte auf Bundesebene fest mit dem erstmaligen Einzug in den Landtag rechnen. Die SPD befand sich in einer komfortablen Mittellage. Da sie in allen Umfragen des Wahljahres mit deutlichem Abstand vor der Partei Die Linke und der CDU lag, hatte sie von vornherein de facto den alleinigen Zugriff auf das Amt des Ministerpräsidenten.⁴ CDU und Die Linke steckten dagegen in einem Dilemma. Beide wollten unbedingt in die Regierungsverantwortung, was aber nur jeweils als Juniorpartner der SPD möglich war. Vor diesem Hintergrund konnten beide Parteien paradoxerweise kein Interesse daran haben, stärker als die Sozialdemokratie zu werden. Die eigentliche Frontstellung im Wahlkampf verlief insofern zwischen den potentiellen Juniorpartnern.

2. Der Wahlkampf

Es entwickelte sich folglich ein themenarmer und müder Wahlkampf. Letztlich ging es nur um die Frage, für welchen Koalitionspartner sich die SPD entscheiden würde. Die Sozialdemokraten ließen eine Koalitionsaussage bewusst offen und versuchten somit die Mittellage im Parteienwettbewerb zur eigenen Stimmenmaximierung zu nutzen. Die SPD setzte innerhalb ihrer Kampagne „Gut, wie das Land“ auf eine Verknüpfung von Leistungsbilanz und konkreter Handlungsankündigung, die vor allem in drei inhaltlichen Kernaussagen

2 Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011, Berlin 2011, S. 24.

3 Die Kreistage und Landräte der neuen Großkreise wurden zeitgleich mit der Landtagswahl gewählt.

4 Umfragewerte zwischen Januar und August 2011: SPD 32 bis 37 Prozent, CDU 26 bis 30 Prozent, Die Linke 15 bis 20 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen sechs bis zehn Prozent, FDP drei bis sechs Prozent, NPD drei bis fünf Prozent, vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm> (Abruf am 12. Oktober 2011).

sichtbar wurde: Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde mit der Forderung nach höheren Löhnen und der Einführung eines Mindestlohns verbunden. Darüber hinaus wollte die SPD massiv den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern. Diese klaren Botschaften stärkten das wirtschafts- und sozialpolitische Profil der Partei. Die zweite Aussage galt der Fortführung der strikten Haushaltsdisziplin unter Vermeidung einer Neuverschuldung, die insbesondere auf die Wähler in der politischen Mitte abzielte. Schließlich versprach die SPD den Familien eine deutliche Entlastung der Kinderkrippengebühren um 100 Euro monatlich. Damit schärfte sie ihr Profil als klassische Sozialpartei, konnte auch das in Ostdeutschland äußerst positiv konnotierte Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besetzen und sich als originäre „Ost-Partei“ darstellen. Den Sozialdemokraten wurde in allen wichtigen Themenfeldern die meiste Kompetenz zugewiesen. Bei ihren Kernthemen (Soziale Gerechtigkeit, Familie und Kinder, Bildung) fiel der Vorsprung vor den anderen Parteien sehr hoch aus. Selbst in der Wirtschaftskompetenz – einer klassischen CDU-Domäne – wurde die SPD höher als die Union bewertet.

Tabelle 1: Kompetenzzuschreibungen der Parteien bei der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2011 im Vergleich zu 2006 (in Prozent beziehungsweise Prozentpunkten)

Themenfeld	SPD	CDU	Linke	FDP	B90/Grüne	Keiner / weiß nicht
Wirtschaft	36 (+3)	33 (-5)	5 (+1)	2 (-2)	2 (+1)	19 (+1)
Arbeitsplätze	35 (+6)	25 (-8)	7 (+3)	3 (-2)	3 (+2)	23 (-3)
Soziale Gerechtigkeit	43 (+9)	10 (-7)	22 (-1)	1 (-4)	3 (+1)	16 (-1)
Bildung	39 (+10)	15 (-10)	17 (+1)	3 (-4)	4 (+1)	18 (±0)
Abwanderung	28 (+6)	17 (-9)	7 (+3)	1 (-2)	2 (+1)	39 (±0)
Familie / Kinder	41 (+13)	17 (-6)	17 (-6)	3 (-3)	6 (+2)	12 (-1)
Löhne	33	14	21	2	2	24
Energiepolitik	24	18	4	1	31	20
Umwelt	19 (+2)	11 (-3)	5 (-3)	2 (±0)	48 (+2)	15 (+3)

Anmerkung: Kompetenzzuschreibung in den Themenfeldern „Löhne“ und „Energiepolitik“ erstmals 2011 abgefragt. Fettdruck = Höchstwert im jeweiligen Themenfeld.
Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 26.

Neben der günstigen Ausgangslage kam den Sozialdemokraten der extrem große Amtsbonus für Ministerpräsident *Sellering* zugute. 74 Prozent der Wahlberechtigten sprachen sich bei der Direktwahlfrage für den amtierenden Regierungschef aus, nur 14 Prozent für den CDU-Herausforderer *Caffier*. *Sellering* war zudem „mit 79 Prozent Zustimmung der mit Abstand populärste Landespolitiker – ein Wert, der vor Landtagswahlen bislang nur von *Henning Scherff* und *Matthias Platzeck* übertroffen wurde“⁵. Angesichts der großen Fußstapfen seines Amtsvorgängers *Ringstorff* und seiner westdeutschen Herkunft ist diese in nur zweieinhalb Jahren erzielte Popularität bemerkenswert. Sie dürfte nicht zuletzt mit einem Interview zusammenhängen, in dem *Sellering* der DDR den Charakter eines „totalen Unrechtsstaates“ absprach und die Lebensleistung der Ostdeutschen hervorhob.⁶ Zwar brach-

5 Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 18.

6 Vgl. Interview mit *Erwin Sellering*, „Zur DDR gehörte immer auch ein Schuss Willkür“, in: FAS vom 22. März 2009, S. 6.

ten ihm diese Aussagen Kritik ein, in der Bevölkerung traf er damit jedoch offensichtlich einen Nerv und profilierte sich als „Ossi-Versteher“⁷. Hierzu passte auch seine mehrfach vorgetragene Forderung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Die CDU ließ in der unspezifischen Kampagne „C wie Zukunft“ klare inhaltliche Botschaften vermissen. Dies lag auch an dem fehlenden Willen, eine erkennbare inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner zu suchen, was letztlich die Profilbildung der Union erheblich erschwerte. Auch das TV-Duell zwischen den beiden Spitzenkandidaten zeigte wenig Konfliktpotential und versinnbildlichte eindrucksvoll die gute „Chemie“ zwischen den Koalitionären. Der CDU-Landeschef verkörperte sehr viel mehr den Innenminister der (von *Sellering* geführten) Landesregierung als einen künftigen Ministerpräsidenten. Angesichts der schlechten Umfragewerte für den eigenen Kandidaten war es zudem überraschend, dass die CDU auf die Benennung eines Kompetenzteams verzichtete.

Die Linke thematisierte in ihrer Kampagne „Schöner. Mit uns.“ die inhaltlichen Schnittmengen mit der SPD beim Mindestlohn und dokumentierte damit den Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung. Bereits bei der Aufstellung der Landesliste im April 2011 setzte die Partei Kurs in Richtung Koalition. Der Reform-Flügel unter dem Landesvorsitzenden *Steffen Bockhahn* und Fraktionschef *Helmut Holter* setzte zum großen Teil Kandidaten durch, die uneingeschränkt für eine Regierungsbeteiligung eintraten, so dass in den Medien danach von der „*Sellering*-Liste“ die Rede war.⁸ Allerdings wurde der Wahlkampf von innerparteilichen Querelen und negativen Schlagzeilen überschattet. Zum einen gab es erhebliche Verstimmungen zwischen der Spitze der Landespartei und den Bundesvorsitzenden *Gesine Löttsch* und *Klaus Ernst*. Zum anderen brach über die Bewertung des Berliner Mauerbaus 1961 ein tiefgehender Konflikt zwischen den Realos und der „Antikapitalistischen Linken“ auf, der seinen Höhepunkt auf dem Landesparteitag – pikanterweise am 13. August – fand. Einige Delegierte, darunter die ehemalige Sozialministerin *Marianne Linke* verweigerten demonstrativ das Gedenken an die Mauertote und verursachten einhellige Empörung sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Partei selbst.⁹

Die FDP fiel fast die gesamte Wahlperiode durch innerparteiliche Scharmützel auf; insbesondere zwischen dem Fraktionsvorsitzenden *Michael Rooff* und dem Landesvorsitzenden *Christian Ahrendt* gab es ständige Spannungen. Der Höhepunkt der inneren Zerrissenheit war auf dem Wahlparteitag erreicht, von dem *Rooff* erneut – als einziger Bewerber – zum Spitzenkandidaten gewählt werden sollte. Ohne Vorankündigung verweigerte ihm aber die Mehrheit der Delegierten die Zustimmung, der Fraktionsvorsitzende wurde quasi auf offener Bühne demontiert. Daraufhin wählten die Anwesenden den Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, *Gino Leonhard*, auf Platz eins der Landesliste. Dieser denkwürdige Parteitag hatte nicht nur ein verheerendes mediales Echo zur Folge, er führte auch zu erheblichen Verwerfungen in der Landtagsfraktion, die offenbar kurz vor der Spaltung stand.¹⁰ Unter solchen Rahmenbedingungen konnten die Liberalen im Wahlkampf kaum

7 Vgl. *Annette Meiritz*, Der Ossi-Versteher, in: Spiegel Online vom 18. August 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,779505,00.html> (Abruf am 28. September 2011).

8 Vgl. *Jens Schneider*, Nah dran, in: SZ vom 27. August 2011, S. 5.

9 Vgl. *Thomas Volgmann*, Linke: Delegierte lehnen Gedenken an Mauertote ab, in: Schweriner Volkszeitung vom 15. August 2011.

10 Vgl. *Max Stefan Koslik*, FDP: Die Messer sind gewetzt, in: Schweriner Volkszeitung vom 31. März 2011; *ders.*, Reicht der FDP noch Geschlossenheit?, in: Schweriner Volkszeitung vom 11. Mai 2011.

Akzente setzen, zumal die äußerst negative Stimmung im Bund sich ohnehin als eisiger Gegenwind erwies.

Im Gegensatz dazu konnten Bündnis 90/Die Grünen voll und ganz auf das bundesweite Stimmungshoch der Partei, das zu großen Teilen aus der Atomkatastrophe von Fukushima resultierte, vertrauen. Sie erreichten durch den absehbaren Einzug ins Parlament eine noch nie dagewesene mediale Aufmerksamkeit im Land. Im Wahlkampf setzten sie auf klassische grüne Themen, zum Beispiel in der Positionierung gegen das Atomzwischenlager Lubmin, und pflegten somit die Marke „Grün“. Bei den Themenfeldern Umwelt und Energiepolitik wurden den Grünen auch die höchsten Kompetenzwerte aller Parteien zugewiesen (Tabelle 1).

Die NPD versuchte sich unter dem Wahlkampfmotto „Unsere Heimat, unser Auftrag!“ als „Kümmerer-Partei“ darzustellen. Dies unterfütterte sie mit einer Schwerpunktsetzung in den Themenfeldern Abwanderung, Soziales, Familie und innere Sicherheit. Hinzu kamen eine heftige EU-Kritik und Angriffe gegen das Nachbarland Polen. Alle Themen wurden genutzt, um rechtsextremistisches Gedankengut zu transportieren. Die Landesliste, auf der sich unter den 20 Bewerbern nicht eine einzige Frau befand, war deutlich durch die Kameradschaftsszene geprägt und damit bezeichnend für den Charakter der NPD als „Bewegungspartei“¹¹. Eine Besonderheit des NPD-Wahlkampfes war die Strategie, über provozierende Videoclips im Internet mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, so zum Beispiel mit der minutenlangen Agitation des Fraktionsvorsitzenden *Udo Pastörs* vor einer Schulklasse in dem vorpommerschen Ort Ferdinandshof. Gegen die mögliche Wiederwahl der NPD gab es im Land zahlreiche Initiativen, so etwa die satirische „Storch-Heinar“-Kampagne der SPD.

3. Das Wahlergebnis

Nur 51,5 Prozent der wahlberechtigten Bürger nahmen an der Landtagswahl 2011 teil. Dies ist der niedrigste Wert bei Bundes- oder Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Nur bei Kommunal- und Europawahlen gab es noch geringere Beteiligungsquoten. Eine wichtige Ursache hierfür ist der konfliktarme, kaum polarisierende und somit nur schlecht mobilisierende Wahlkampf, insbesondere unter den drei großen Parteien.

Die SPD konnte ihre seit 1998 bestehende Position als stärkste politische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern festigen. Sie gewann gegenüber der letzten Landtagswahl über fünf Prozentpunkte hinzu und erzielte mit 35,6 Prozent ihr zweitbestes Wahlergebnis seit 1990. In gewisser Hinsicht hat sich die SPD als eine Art „Landespartei“ etabliert, die in der politischen Mitte des Parteienspektrums steht und ohne die im Land keine Politik zu machen ist. Während in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt die Sozialdemokraten seit längerem nur noch drittstärkste Kraft sind, konnte der bundesweit kleinste Landesverband¹² stets – mit Ausnahme der Bundestagswahl 2009 – Die Linke deutlich auf Distanz halten.

11 *Gudrun Heinrich*, Die NPD als Bewegungspartei, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 21. Jg. (2008), H. 4, S. 29 – 38.

12 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften im Jahr 2010, in: *ZParl*, 42. Jg. (2011), H. 2, S. 365 – 383.

Tabelle 2: Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Partei	2011		2006		2002		1998		1994		1990	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
CDU	23,0	18	28,8	22	31,4	25	30,2	24	37,7	30	38,8	29
SPD	35,6	27	30,2	23	40,6	33	34,3	27	29,5	23	27,0	21
Linke/PDS	18,4	14	16,8	13	16,4	13	24,4	20	22,7	18	15,7	12
FDP	2,8	–	9,6	7	4,7	–	1,6	–	3,8	–	5,5	4
B90/Grüne	8,7	7	3,4	–	2,6	–	2,7	–	3,7	–	6,4*	–
NPD/ DVU**	6,0	5	7,3	6	0,8	–	4,0	–	0,1	–	0,2	–
Sonstige***	5,6	–	3,9	–	2,9	–	2,8	–	2,5	–	6,8	–
Wahlbeteiligung	51,5		59,1		70,6		79,4		72,9		64,7	

* 1990 traten Bündnis 90 und Die Grünen getrennt an. Beide scheiterten an der Fünfprozenthürde.
** Mit Ausnahme von 1998 (NPD 1,1 Prozent, DVU 2,9 Prozent) ausschließlich NPD-Ergebnis.
*** Darunter Republikaner: 1990 (0,9 Prozent), 1994 (1,0 Prozent), 1998 (0,5 Prozent), 2002 (0,3 Prozent) und 2006 (0,1 Prozent).
Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

Die CDU erlitt nicht nur deutliche Verluste, sondern musste auch das schlechteste Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 hinnehmen. Mit lediglich 23,0 Prozent bleiben die Christdemokraten weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, denn immerhin galt die Union in den letzten 20 Jahren stets als Partei mit dem stabilsten Wählerpotential. Im Parteienwettbewerb belegt die CDU nun mit klarem Abstand zur SPD den zweiten Platz, 2006 lag sie noch auf Augenhöhe mit den Sozialdemokraten.

Die Linke steigerte ihr Ergebnis von 2006 leicht um 1,6 Punkte und kommt auf 18,4 Prozent. Aufgrund des hervorragenden Abschneidens bei der letzten Bundestagswahl 2009 (29,0 Prozent) und durch die Ausgangslage als größte Oppositionspartei gab es bei den Sozialisten im Vorfeld der Wahl allerdings deutlich höhere Erwartungen. Die Linke stagniert damit weiterhin und bleibt hinter den Ergebnissen der anderen ostdeutschen Landesverbände zurück.

Die FDP büßte nach dem furiosen Ergebnis von 9,6 Prozent 2006 fast sieben Prozentpunkte ein und schrumpfte mit nur noch 2,8 Prozent auf den Status einer Splitterpartei. Bündnis 90/Die Grünen konnten dagegen aufgrund des bundesweiten Stimmungshochs mit 8,7 Prozent das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl in den neuen Ländern erzielen und erstmals in den Schweriner Landtag einziehen. Sie sind damit aktuell in allen 16 Landtagen der Bundesrepublik vertreten. Da alle Umfragen die Grünen bei deutlich über fünf Prozent sahen, konnte sich die Öko-Partei erstmals als echte Alternative für klassische rot-grüne Wähler präsentieren. So gab es im Saldo einen Zustrom von circa 11.000 früheren SPD-Wählern, der einen großen Teil des Stimmenzuwachses für Bündnis 90/Die Grünen ausmachte.¹³

Die NPD schaffte mit 6,0 Prozent – wie zuvor 2009 in Sachsen – den Wiedereinzug ins Parlament. Gleichwohl büßte sie absolut etwa ein Drittel ihrer Stimmen ein (rund 20.000

13 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 12.

Tabelle 3: Ergebnisse der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2011 in regionalen Kontexten (in Prozent)

	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	Linke	FDP	B90/ Grüne	NPD
MV gesamt*	51,5	23,0	35,6	18,4	2,8	8,7	6,0
Mecklenburg	49,5	21,1	38,4	18,2	2,7	8,7	5,3
Vorpommern	46,0	27,4	29,8	19,1	2,9	6,9	8,4
bis 2.000 Einwohner	48,1	25,9	34,8	16,8	3,0	6,6	7,5
bis 8.000 Einwohner	45,6	24,9	36,9	17,5	3,0	6,6	6,5
bis 25.000 Einwohner	47,3	23,1	35,4	19,6	2,6	5,5	7,8
über 25.000 Einwohner	51,3	19,5	35,8	19,9	2,4	11,6	4,5

Anmerkungen: Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N = 777), ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

* Amtliche Endergebnisse, inklusive aller Briefwähler und Wahlkreis Rügen I.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse.

Wähler) und musste trotz der sehr geringen Wahlbeteiligung auch leichte Verluste im Stimmenanteil hinnehmen. Die Partei verlor dabei hauptsächlich an das Lager der Nichtwähler (circa 18.000 Wähler).¹⁴ Mit den anderen Parteien ist dagegen nur ein marginaler Wähleraustausch festzustellen. Die demokratischen Parteien vermochten es also nur in sehr geringem Ausmaß, ehemalige NPD-Wähler wieder zurückzugewinnen. Wie schon vor fünf Jahren gab es darüber hinaus kaum einen Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmenergebnis und daher kein Stimmensplitting seitens der NPD-Wähler – ein Beleg für eine überzeugte Stammwählerschaft.

3.1. Regionale Strukturen der Stimmabgabe

Auch 2011 ist das unterschiedliche Abschneiden von SPD und CDU in den beiden Landesteilen deutlich erkennbar (vgl. Tabelle 3). Die Sozialdemokraten erzielten in Mecklenburg ein um fast neun Prozentpunkte besseres Ergebnis als in Vorpommern. Bei den Christdemokraten ist dies genau umgekehrt, wobei die entsprechende Differenz „nur“ etwa über sechs Prozentpunkte beträgt. Allerdings konnte die SPD 2011 zum allerersten Mal stärkste Partei auch im östlichen Landesteil werden.

Fast alle mecklenburgischen Wahlkreise wurden – insofern nicht überraschend – von der SPD gewonnen, lediglich zwei gingen an die CDU. Dazu gewann *Erwin SELLERING* das Direktmandat in der Universitätsstadt Greifswald. Erstmals konnten die Sozialdemokraten auch den Wahlkreis Demmin II gewinnen, weil der langjährige Landtagsabgeordnete der Linken, *Peter Ritter*, aufgrund einer Panne bei der Einreichung der Wahlunterlagen nicht zur Wahl antreten durfte. Noch ungewöhnlicher stellte sich die Situation im Wahlkreis Rügen I dar, in dem die Wahl wegen des plötzlichen Todes eines langjährigen CDU-Abgeordneten erst 14 Tage nach dem eigentlichen Wahltermin erfolgte. Der von der Union

14 Vgl. ebenda.

vorgeschlagene Ersatzkandidat entpuppte sich kurz nach seiner Kür als ehemaliges Mitglied der rechtsextremen DVU. Die Landes-CDU distanzierte sich von ihm und rief zur Wahl eines anderen Kandidaten auf. So konnte – vor der Wahl eigentlich undenkbar – ein Sozialdemokrat das Direktmandat holen. Insgesamt eroberte die SPD 24 der 36 Wahlkreise und damit neun mehr als 2006. In den übrigen Wahlkreisen gewannen die Christdemokraten. Allerdings lagen in Rügen II sowie in Uecker-Randow I und II die Kandidaten von CDU, Die Linke und SPD nahezu gleichauf. Am Ende trugen die Unionsbewerber nur hauchdünne Siege davon.

Die zunehmende Umkämpftheit einiger Wahlkreise in Vorpommern verdeutlicht die bröckelnde Dominanz der CDU, was in Ansätzen auch schon bei den vergangenen Wahlen zu erkennen war. Insbesondere Die Linke etabliert sich hier als ernstzunehmender Konkurrent der Union. Offensichtlich geht deren Integrationskraft im östlichen, speziell im süd-östlichen Landesteil zurück. In ihren Hochburgen verloren die Christdemokraten überdurchschnittlich, was jedoch auch oder gerade an der fehlenden Mobilisierung ihrer Stammwähler gelegen hat (Tabelle 4). Nicht zuletzt verbuchte die Partei den größten Wählerabstrom an das Nichtwählerlager.¹⁵ Die Wahlkreise mit den höchsten CDU-Ergebnissen liegen dennoch nach wie vor in Vorpommern. In Nordvorpommern II gewann die Union sogar gegen den Trend leicht hinzu. Hier errang der CDU-Fraktionsvorsitzende *Harry Glawe* mit fast 50 Prozent auch das beste Erststimmenergebnis aller Wahlkreisbewerber. Auch Demmin I, Stralsund sowie die anderen beiden Wahlkreise des ehemaligen Kreises Nordvorpommern finden sich gewohntermaßen unter den besten Unions-Resultaten. Am Ende stehen, ebenso gewohnt, die Wahlkreise der mecklenburgischen „Großstädte“ Rostock, Schwerin, Wismar und mit leichten Abstrichen Neubrandenburg. Die CDU bleibt demzufolge weiterhin vor allem eine eher ländlich verankerte Partei mit den größeren Defiziten in den urbaneren Gebieten (vgl. Tabelle 3).

Größte Hochburgen der SPD sind traditionell Wismar und die westlichsten Wahlkreise in den Alt-Kreisen Ludwigslust und Nordwestmecklenburg. In neun vorpommerschen Wahlkreisen blieben die Sozialdemokraten hingegen unter der 30-Prozent-Marke, darunter auch in Greifswald. Hier gab es eine große Lücke zwischen dem Erst- und Zweitstimmenergebnis (41,4 zu 27,6 Prozent), das auf einen relativ großen Kandidateneffekt durch *Erwin SELLERING* zurückzuführen ist. Das SPD-Zweitstimmenergebnis wurde daneben aber auch durch die Grünen gedämpft. In den Rostocker Wahlkreisen und in Stralsund sorgte der große Stimmenzuwachs für die Grünen dafür, dass die Steigerungen für die SPD am geringsten von allen Wahlkreisen ausfielen. In den „Großstädten“ gibt es insofern zwar eine klare strukturelle linke beziehungsweise sogar rot-grüne Mehrheit, die verstärkte Konkurrenz schwächt aber die Wahlchancen der SPD. Insgesamt konnten die Sozialdemokraten in ihren eigentlichen Diasporagebieten mehr hinzugewinnen als in ihren Hochburgen (Tabelle 4). Das dürfte wesentlich mit der Schwäche der CDU zusammenhängen, die nicht nur ans Nichtwählerlager, sondern in erheblichem Umfang auch an die SPD Wähler verlor.¹⁶

Mit 22,4 Prozent am schlechtesten schnitten die Sozialdemokraten – trotz des Direktmandatsgewinns – im Wahlkreis Rügen I ab. Allerdings gab es hier sehr spezielle Umstände, die das Resultat zumindest in Teilen erklären. Aufgrund des vorläufigen Wahlergebnis-

15 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 10.

16 Vgl. ebenda.

Tabelle 4: Ergebnisse der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2011 in politischen Kontexten

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Linke		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt*	51,5	-7,6	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
CDU-Hochburg	46,6	-8,4	34,4	-8,1	29,8	+8,0	15,9	+2,1	2,7	-6,6	5,3	+3,9	7,1	-1,0
CDU-Diaspora	50,0	-8,2	18,0	-5,1	38,4	+4,3	19,8	+1,4	2,5	-7,0	9,7	+5,7	5,6	-1,1
SPD-Hochburg	47,5	-8,6	20,1	-4,8	43,4	+4,8	16,5	+2,0	2,7	-6,8	7,0	+4,3	5,5	-0,9
SPD-Diaspora	47,2	-7,5	29,0	-5,8	27,2	+7,7	18,5	+2,0	2,7	-7,3	8,0	+3,2	8,6	-1,1
Linke-Hochburg	48,1	-7,8	20,5	-5,2	33,7	+4,5	22,1	+1,1	2,5	-6,8	8,8	+5,6	6,4	-1,2
Linke-Diaspora	49,0	-8,8	26,8	-6,3	37,8	+5,7	12,0	+3,2	3,4	-6,6	7,5	-4,0	7,3	-1,6
FDP-Hochburg	47,0	-7,5	24,6	-5,6	35,0	+7,3	16,7	+2,4	5,1	-9,4	6,6	+4,8	6,9	-1,0
FDP-Diaspora	48,4	-8,5	25,2	-5,2	35,5	+4,4	18,7	+1,8	1,4	-4,3	6,0	+3,4	8,0	-1,3
Grüne-Hochburg	51,6	-7,5	20,4	-5,7	35,1	+4,7	18,8	+1,0	2,7	-7,1	11,9	+6,2	4,7	-1,2
Grüne-Diaspora	44,1	-8,5	27,0	-4,5	32,2	+5,1	19,9	+2,5	2,6	-6,6	3,6	+3,1	9,7	-0,9
NPD-Hochburg	45,6	-8,1	24,8	-4,2	30,9	+5,5	18,8	+2,7	2,7	-6,6	4,6	+3,0	13,2	-1,8
NPD-Diaspora	51,5	-7,6	21,1	-6,6	35,4	+4,6	19,0	+1,2	2,7	-7,2	11,4	+6,7	4,0	-0,8
Regression: R ² **			0.65		0.60		0.60		0.16		0.79		0.76	

Anmerkungen: Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N = 777), ohne Wahlkreis Rügen I, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler in den amtsangehörigen Gemeinden. Hochburgen und Diaspora: jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Ergebnissen. Differenz bildet Veränderung gegenüber 2006 in Prozentpunkten ab.

* Amtliche Endergebnisse, inklusive aller Briefwähler und Wahlkreis Rügen I.

** Regressionskoeffizient R²: Regression der jeweiligen Parteiergebnisse 2011 auf 2006. Gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2011.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse.

ses vom 4. September erreichte die NPD fünf Mandate im Landtag. Mit Blick auf die Nachwahl im Wahlkreis Rügen I wäre es rechnerisch möglich gewesen, dass die Grünen mit einem hohen Stimmenanteil der NPD ein Mandat hätten „abjagen“ können. Diese Möglichkeit wurde im Vorfeld der Nachwahl medial stark thematisiert und gipfelte in einer Wahlempfehlung der Partei Die Linke für die Grünen. Auch viele SPD-Anhänger dürften aufgrund der Berichterstattung für die Grünen gestimmt haben. Am Ende erreichte die Öko-Partei einen beispiellosen Stimmenanteil von 24,4 Prozent und errang hierdurch in

der Tat ein zusätzliches Mandat. Dieses ging allerdings nicht wie erhofft zu Lasten der NPD, sondern zu Lasten der SPD. Dieses rechnerisch ebenfalls mögliche Szenario war medial allerdings nicht transportiert worden.

Die Linke besitzt nach wie vor ihre Hochburgen in den Plattenbaugebieten der ehemaligen DDR-Bezirksstädte Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. Hinzu kommt ebenfalls das seit längerem bekannte überdurchschnittlich gute Abschneiden an der Ostküste Rügens. In diesem Wahlkreis (Rügen II) gab es den landesweit größten Stimmenzuwachs für die Partei. Auch in der besonders strukturschwachen Region des Altkreises Uecker-Randow war Die Linke überdurchschnittlich erfolgreich.

Ein überaus klares und stabiles regionales Profil weisen Bündnis 90/Die Grünen auf. Sie konnten vor allem in ihren Hochburgen in den großen Städten (Rostock, Greifswald, Schwerin, Stralsund) ihr Stimmenergebnis weit überdurchschnittlich verbessern (vgl. Tabelle 4). In den studentisch geprägten Wahlkreisen der Rostocker und Greifswalder Innenstädte erzielten die Grünen zwischen 15 und fast 20 Prozent. Die hohe Mobilisierung dieser klassischen Wählerklientel ist eine wesentliche Ursache für den landesweiten Erfolg der Partei. Erstmals konnten die Grünen zudem auch in den „Speckgürteln“ dieser Städte in größerem Umfang Wähler für sich gewinnen. Hierzu zählt auch das Umland der schleswig-holsteinischen Hansestadt Lübeck in Nordwestmecklenburg. Die Bündnisgrünen konnten in fast allen Wahlkreisen die Fünf-Prozent-Marke überspringen, lediglich in Uecker-Randow gelang dies nicht, hier wich das Ergebnis sehr deutlich vom Landestrend ab.

Ganz im Gegensatz zu den Grünen und zu allen anderen Parteien des Landes verfügte die FDP noch nie über eine stabile regionale Verankerung. Insofern verwundert es nicht, dass die Liberalen gerade in ihren Hochburgen von 2006 weit überdurchschnittlich verloren. Letztlich ist ein regionales Stimmenprofil bei der FDP nicht erkennbar. Einzig der schon mehrfach beschriebene Wahlkreis Rügen I, der neben allen genannten Eigentümlichkeiten auch noch der Heimatwahlkreis des FDP-Spitzenkandidaten *Gino Leonhard* war, ragt mit einem Ergebnis von 5,5 Prozent etwas heraus.

Die NPD weist eine erhebliche Spannweite in den Wahlkreisergebnissen auf: Diese reicht von 2,8 Prozent im studentisch geprägten Rostock III bis hin zu Uecker-Randow I mit 15,4 Prozent, wo die Rechtsextremisten im Vergleich zu 2006 gegen den allgemeinen Trend sogar leicht hinzugewinnen konnten. Die Hochburgen der NPD liegen nach wie vor in Uecker-Randow und Ostvorpommern, wo sie in allen vier Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse einfuhr. Insbesondere in dieser Region verfügt die NPD mit den rechtsextremen Kameradschaften über eine feste soziale Verankerung und dementsprechend über eine relativ hohe Zahl an aktiven Mitgliedern und Sympathisanten. Erneut konnten die Rechtsextremisten hier in einigen kleinen, als NPD-Hochburgen bekannten Gemeinden mit einem Stimmenanteil um 30 Prozent stärkste Kraft werden. Hohe Resultate verzeichnete die NPD aber auch wieder in vielen Städten, angeführt von Ueckermünde mit über 18 Prozent. Im Westen des Landes ragt erneut der Wahlkreis Ludwigslust I (8,3 Prozent) mit der Stadt Lübtheen (15,2 Prozent) heraus, wo *Udo Pastörs* wohnt, der hier über eine gewisse gesellschaftliche Verankerung verfügt. Die regionale Wählerstruktur der NPD ist insgesamt außerordentlich stabil, hat sich sogar weiter verdichtet und gefestigt. Wie schon 2006 ist die Wahl der NPD kein rein ländliches Phänomen, denn im Gegensatz zu den kleinstädtischen Strukturen können nur die wenigen größeren Städte des Landes klar als NPD-Diaspora bezeichnet werden (vgl. Tabelle 3).

3.2. Wer wählt wen? Zur Stimmabgabe in sozialen Gruppen

Ihren Wahlerfolg verdanken die Sozialdemokraten wie schon 2006 zu großen Teilen den Frauen, insbesondere den Frauen über 60 Jahre (vgl. Tabelle 5). In dieser Gruppe erreichte die SPD 48 Prozent. Aber auch Männer dieser Altersgruppe wählten die SPD überdurchschnittlich häufig. Insgesamt weist die SPD-Wählerschaft eine deutliche Überalterung auf. Je jünger die Wähler, desto geringer der Zuspruch für die SPD. In der Gruppe der unter 24-Jährigen erhielten die Sozialdemokraten nur 24 Prozent. Im Gegensatz zu allen anderen Alterskohorten konnten sie hier auch keine Zugewinne verbuchen. Allerdings war diese Gruppe besonders hart umkämpft, da hier alle relevanten Parteien zweistellige Ergebnisse erzielten.

Eine ähnliche Wählerstruktur ist traditionell bei der Linken zu erkennen. Sie schnitt erneut bei älteren Wählern deutlich besser ab. Wie gewohnt waren vor allem die älteren Männer wieder eine sichere Bastion der Partei. Dagegen ist die Struktur der CDU-Wählerschaft mit Blick auf Alter und Geschlecht sehr ausgeglichen. Lediglich die unter 24-Jährigen haben deutlich weniger der CDU ihre Stimme gegeben, was allerdings der schon beschriebenen größeren Konkurrenzsituation geschuldet ist. Ein gänzlich anderes Profil weisen Bündnis 90/Die Grünen auf. Sie sprachen in erster Linie jüngere Wählerschichten, vor allem Frauen an. Die über 60-Jährigen standen den Grünen dagegen eher zurückhaltend gegenüber.

Tabelle 5: Wahlentscheidung bei der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2011 und Veränderungen zu 2006 nach Alter und Geschlecht

	CDU		SPD		Linke		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
18 bis 24 Jahre	16	-4	24	-1	14	+1	4	-8	12	+6	14	-3
25 bis 34 Jahre	23	-5	27	+5	12	-1	4	-9	12	+6	12	-2
35 bis 44 Jahre	25	-6	30	+7	13	-1	4	-9	12	+7	8	0
45 bis 59 Jahre	23	-7	34	+5	20	+3	3	-7	9	+6	6	-1
60 und älter	24	-5	45	+5	21	+1	2	-4	5	+4	2	0
Frauen	23	-6	40	+6	18	+1	2	-7	9	+5	4	0
18 bis 24 Jahre	17	-5	27	+1	14	-1	4	-8	15	+7	10	0
25 bis 34 Jahre	22	-6	29	+5	12	-2	4	-10	14	+7	9	+1
35 bis 44 Jahre	24	-6	32	+7	14	-2	3	-9	13	+7	5	0
45 bis 59 Jahre	22	-7	38	+5	20	+2	3	-7	9	+6	3	0
60 und älter	24	-5	48	+5	19	+2	2	-4	5	+3	1	0
Männer	24	-6	32	+5	19	+2	3	-7	8	+5	8	-2
18 bis 24 Jahre	16	-4	21	-2	14	+3	4	-8	11	+4	18	-5
25 bis 34 Jahre	23	-4	25	+5	11	0	4	-9	11	+5	15	-3
35 bis 44 Jahre	26	-6	27	+7	13	-1	4	-9	11	+7	11	0
45 bis 59 Jahre	25	-7	30	+5	20	+3	3	-8	9	+6	8	-2
60 und älter	23	-5	41	+4	24	+1	2	-4	5	+4	4	+1

Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 39.

Die NPD ist weiterhin eine Partei der jungen, vor allem der jungen männlichen Wähler. In der Gruppe der 18- bis 24-jährigen Männer erzielte sie 18 Prozent und war damit nach der SPD zweitstärkste Partei. Gleichwohl ist dieser Anteil gegenüber 2006 um fünf Prozentpunkte überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Auch in der nächsten männlichen Alterskohorte (bis 34 Jahre) war die NPD mit 15 Prozent stärker als Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Frauen haben dagegen in deutlich geringerem Umfang NPD gewählt. Dennoch konnten die Rechtsextremisten bei Wählerinnen bis 34 Jahre klar überdurchschnittlich abschneiden (zehn Prozent). Am wenigsten neigten, wie schon 2006, Frauen über 45 Jahre sowie die Männer ab 60 Jahre der NPD zu.

Die Wählerschaften der Parteien sind auch unter dem Gesichtspunkt der formalen Bildung deutlich ausdifferenziert (vgl. Tabelle 6). Lediglich für die Wahl der Christdemokraten ist dieser Einflussfaktor zu vernachlässigen. So schnitt die SPD in der Gruppe der Hauptschulabsolventen erheblich besser als in den anderen Gruppen ab. Allerdings geht dieser Effekt zu großen Teilen auf das Alter zurück. Genau umgekehrt stellt sich das Profil der Linken dar, die erneut bei Wählern mit hoher Bildung klar erfolgreicher war. Auch hier spielt jedoch wieder das Alter eine entscheidende Rolle, denn dieser Befund gilt nur bei den über 35-Jährigen. In den jüngeren Alterskohorten ist dagegen kein Einfluss der Bildung zu erkennen. Es ist insofern davon auszugehen, dass der formale Bildungsabschluss als Faktor für die Wahl der Linken nur im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen DDR-Sozialisation wirksam wird.

Ein sehr deutliches Profil weisen wiederum die Grünen auf, die weit überdurchschnittlich von Bürgern mit Abitur oder Hochschulabschluss gewählt wurden; dies gilt unabhängig vom Alter. Bei den unter 34-Jährigen mit Hochschulabschluss erreichten sie sogar 24 Prozent und waren damit genauso stark wie SPD und CDU.

Das Kontrastbild zu den Grünen lieferte die NPD. Nur ein Prozent der Hochschulabsolventen wählten die Rechtsextremisten, während unter Wählern mit mittlerer Reife oder niedrigerem Schulabschluss immerhin neun beziehungsweise acht Prozent für die NPD stimmten. In der Gruppe der unter 34-Jährigen mit niedriger formaler Bildung erreichte die NPD sogar 34 Prozent und wurde damit deutlich stärkste Partei in diesem Segment. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend legte die NPD hier sogar im Vergleich zu 2006 deutlich zu.

Einige deutlichere Verschiebungen in den Wählerstrukturen der Parteien sind hinsichtlich der Berufsgruppen festzustellen. Die SPD gewann überproportional bei Arbeitern, insbesondere den gewerkschaftlich organisierten, und Arbeitslosen, konnte also in ihrer klassischen Klientel punkten. Einen extremen Zuwachs verzeichneten die Sozialdemokraten bei Beamten (plus 24 Prozentpunkte). Hier profitierte die SPD von den deutlichen Verlusten der CDU und der Linken. Die nur unterdurchschnittliche Steigerung bei den Angestellten, die in den letzten Jahren eigentlich die sicherste Wählerbastion der SPD waren, erklärt sich nicht zuletzt durch den entsprechenden Zuwachs bei Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten ist diese Verschiebung festzustellen: Die SPD verlor in dieser Gruppe sogar gegen den Trend. Am stärksten schnitten die Sozialdemokraten – nicht überraschend – bei den Rentnern ab (45 Prozent).

Die CDU büßte weit überdurchschnittlich bei Beamten ein, ihrer bislang treuesten Wählergruppe, sowie bei den Berufstätigen allgemein. Insgesamt bleibt das Wählerprofil dadurch unscharf. Die Linke verlor ebenso deutlich und gegen den Trend auch bei den Beamten, was möglicherweise mit einem Generationswechsel in dieser Gruppe zu erklären ist. Sie gewann aber bei den Angestellten überproportional hinzu. Das beste Ergebnis erzielte die Partei jedoch ebenso wie die SPD bei den Rentnern.

Tabelle 6: Wahlentscheidung bei der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2011 und Veränderungen zu 2006 nach sozialen Gruppen

	CDU		SPD		Linke		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	23,0	-5,8	35,6	+5,4	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,3
Schulbildung*												
Hauptschule	24	-4	44	+5	15	0	3	-3	3	+2	8	0
Mittlere Reife	25	-4	33	+7	17	+2	2	-9	7	+5	9	-1
Abitur	21	-7	34	+3	18	+1	4	-7	11	+5	5	0
Hochschule	25	-4	32	+3	22	-1	3	-6	14	+8	1	-2
Alter und Schulbildung*												
< 34 Jahre, Hauptschule	10	-9	21	-3	11	-3	8	0	4	+2	34	+5
< 34 Jahre, Mittlere Reife	22	-2	27	+4	10	-1	3	-10	9	+6	16	-4
< 34 Jahre, Abitur	25	-2	27	-1	11	+1	4	-11	15	+7	7	-1
< 34 Jahre, Hochschule	25	-4	24	0	10	+2	4	-12	24	+6	3	0
> 35 Jahre, Hauptschule	25	-4	48	+7	15	0	2	-3	3	+2	5	-1
> 35 Jahre, Mittlere Reife	26	-5	35	+7	18	+2	2	-9	7	+5	8	0
> 35 Jahre, Abitur	19	-10	37	+6	22	+1	5	-4	9	+5	4	+1
> 35 Jahre, Hochschule	24	-4	34	+4	24	-1	3	-5	12	+8	0	-2
Tätigkeit												
Berufstätige*	24	-10	32	+7	17	+3	4	-8	11	+8	7	-1
Arbeiter	21	-7	35	+8	16	+3	2	-10	5	+3	13	+1
Angestellter	22	-8	33	+3	19	+5	3	-7	11	+7	5	0
Beamte	33	-12	40	+24	8	-7	5	-6	9	+6	3	-2
Selbständige	35	-6	18	+6	12	+1	6	-13	17	+14	5	-4
Rentner	23	-4	45	+5	23	+1	1	-4	5	+3	2	0
Arbeitslose	13	-8	32	+8	19	-2	2	-7	6	+3	18	+1
Gewerkschaft*												
Mitglied	15	-9	39	+4	23	+2	2	-5	9	+6	6	0
kein Mitglied	22	-7	35	+6	19	+3	3	-7	9	+6	6	-2
Arbeiter												
Gewerkschaftsmitglied	12	-14	43	+11	23	+3	2	-6	6	+5	9	+1
kein Mitglied	21	-6	37	+8	20	+5	2	-7	6	+4	8	-6
Angestellte												
Gewerkschaftsmitglied	14	-6	39	-3	24	0	2	-2	12	+9	3	0
kein Mitglied	20	-9	37	+6	20	+1	3	-7	10	+7	5	+1
Konfession												
evangelisch	31	-5	37	+6	11	+1	3	-7	11	+7	5	-1
katholisch	48	-3	28	+4	4	-6	4	0	9	+5	3	-3
keine / andere	19	-6	36	+6	22	+2	3	-7	8	+5	7	-2

Quellen: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 41. * Daten: Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 4. September 2011, Mannheim 2011, S. 70.

Bündnis 90/Die Grünen legten überdurchschnittlich bei den Berufstätigen und den gewerkschaftlich organisierten Angestellten zu sowie insbesondere in der Gruppe der Selbständigen (plus 14 Prozentpunkte). Offensichtlich konnten sie von den großen Verlusten der FDP profitieren und damit sogar ihr bestes Ergebnis aller Berufsgruppen erreichen. Die NPD konnte erneut bei den Arbeitslosen (18 Prozent) und Arbeitern (13 Prozent) am besten punkten. Selbst bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern fiel die Zustimmung zu den Rechtsextremisten überdurchschnittlich aus (neun Prozent).

Einen prägenden Einfluss auf das Wahlverhalten hat auch weiterhin die Konfessionsbindung. Nach wie vor ist die CDU die Partei der (kleinen) Gruppe von Katholiken (48 Prozent) und teilweise auch der Protestanten, während sie unter Konfessionslosen erheblich weniger Zustimmung erfährt. Die SPD ist dagegen sehr viel ausgeglichener, nur bei den Katholiken gibt es etwas weniger Unterstützung. Unter den evangelischen Wählern konnten die Sozialdemokraten hingegen wieder stärkste politische Kraft werden. Die Linke ist traditionell eine Partei der Konfessionslosen (22 Prozent), dahinter fallen die Ergebnisse in den anderen beiden Wählergruppen sehr deutlich zurück. Die Grünen weisen eine eher konfessionell geprägte Wählerstruktur auf, was vermutlich auch mit der Geschichte der DDR-Bürgerbewegung zusammenhängt. Bei der NPD wirkt eine konfessionelle Bindung, vor allem bei Katholiken, eher dämpfend auf die Erfolgchancen.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Die SPD vereinbarte nach der Wahl mit beiden potentiellen Koalitionspartnern Sondierungsgespräche. Bis zur Nachwahl auf Rügen wurden die Schnittmengen mit Christdemokraten und Linken ausgelotet. Die Entscheidung zu Gunsten der CDU kam letztlich nicht überraschend. Die Fortführung der Großen Koalition besaß nach den Meinungsumfragen sowohl bei SPD-Wählern als auch in der Gesamtbevölkerung die größte Akzeptanz.¹⁷ Zudem kam die CDU den Sozialdemokraten in vielen Punkten weit entgegen, zum Beispiel beim Mindestlohn, den die Christdemokraten im Wahlkampf noch strikt abgelehnt hatten. Auch andere zentrale Wahlversprechen der SPD, etwa die Absenkung der Krippengebühren, trug die Union mit. Nicht zuletzt gaben für *Sellerings* Entscheidung auch die positiven Erfahrungen mit der CDU in der vergangenen Wahlperiode gegenüber der Linken den Ausschlag. Deren innerparteilichen Probleme begleiteten die Sondierungsgespräche und schwächten die eigene Verhandlungsposition.¹⁸ Die Linke bleibt somit weiterhin die größte Oppositionspartei im Landtag. Allerdings muss sie diese Rolle künftig gegen selbstbewusste Grüne verteidigen, die bereits in den ersten Sitzungswochen einen parlamentarischen Erfolg erzielten, als sie den „alten“ Parteien eine Überprüfung der Versorgungsleistungen für Abgeordnete abringen konnten.¹⁹ Zum Umgang mit der NPD vereinbarten die demokratischen Fraktionen ein gemeinsames Vorgehen.²⁰

17 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 35.

18 Vgl. *Andreas Frost*, Interview mit *Helmut Holter*, Koalition gescheitert, was jetzt, Herr Holter?, in: *Schweriner Volkszeitung* vom 23. September 2011.

19 Vgl. *Jörg Köpke*, Erster Coup der Grünen im Landtag: Diäten werden gekürzt, in: *Ostsee-Zeitung* vom 3. November 2011.

20 Bei der Fortführung des so genannten „Schweriner Weg“ werden demnach keine Anträge der NPD-Fraktion unterstützt. Vgl. *Neuer Landtag: Bretschneider wiedergewählt*, Bericht von

Ministerpräsident	<i>Erwin Sellering</i> (SPD)
Minister für Inneres und Sport	<i>Lorenz Caffier</i> (CDU)
Ministerin für Justiz	<i>Uta-Maria Kuder</i> (CDU)
Ministerin für Finanzen	<i>Heike Polzin</i> (SPD)
Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus	<i>Harry Glawe</i> (CDU)*
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	<i>Dr. Till Backhaus</i> (SPD)
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	<i>Mathias Brodtkorb</i> (SPD)*
Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	<i>Volker Schlotmann</i> (SPD)
Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	<i>Manuela Schwesig</i> (SPD)
* Neu im Kabinett.	
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Die neue Kabinettsstruktur spiegelt den Abstand von 12 Prozentpunkten im Wahlergebnis zu Gunsten der SPD wider. Die CDU stellt nur noch drei Fachminister, die SPD fünf. Die Union musste das Bildungsministerium abgeben, das nunmehr von dem erst 34-jährigen *Mathias Brodtkorb* geleitet wird. Ebenfalls neu am Kabinettschiff ist der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende *Harry Glawe*, der *Jürgen Seidel* als Wirtschaftsminister nachfolgt. Deutlich gestärkt geht *Manuela Schwesig* aus den Koalitionsverhandlungen hervor, die künftig auch für die Bereiche Arbeit und Gleichstellung zuständig ist.²¹ Ihr politisches Gewicht auch als stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD dürfte damit ebenfalls zugenommen haben. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Landesregierung wird in der Förderung der erneuerbaren Energien liegen; hierfür wurde eigens ein neuartiges Energieministerium gebildet.

SPD und CDU stimmten nach vier Wochen Koalitionsverhandlungen dem Vertrag auf Parteitag mit breiter Mehrheit zu.²² In der Union wurden nur vereinzelt Stimmen laut, die das Verhandlungsergebnis öffentlich kritisierten.²³ Auch deshalb muss sich zeigen, ob das nunmehr sozialdemokratisch aufgetakelte rot-schwarze Regierungsschiff genauso sicher und geräuschlos wie bislang segeln wird.

5. Zusammenfassung

- (1) Mit 51,5 Prozent nahmen so wenige Wahlberechtigte wie nie zuvor an einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern teil. Der konfliktarme und kaum polarisierende Wahlkampf ist eine der wesentlichen Ursachen hierfür.
- (2) Die SPD festigte ihre Position als stärkste Partei im Land. Sie profitierte von äußerst günstigen Rahmenbedingungen, die in dieser Ballung kaum wiederholbar erscheinen:

NDR 1 Radio MV vom 4. Oktober 2011, <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtag729.html> (Abruf am 20. November 2011).

- 21 Vgl. *Max-Stefan Koslik*, Zu einer Blitzkarriere kommt jetzt ein Superministerium, in: Schweriner Volkszeitung vom 20. Oktober 2011.
- 22 Vgl. *Benjamin Fischer*, Parteitage sagen Ja zu Rot-Schwarz in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ostsee-Zeitung vom 24. Oktober 2011.
- 23 Vgl. *ders.*, Wunden lecken in der Union: Ex-Parteichef Rehberg stimmt gegen Koalitionsvertrag, in: Ostsee-Zeitung vom 24. Oktober 2011.

die Ausgangslage als Seniorpartner einer Großen Koalition, eine vergleichsweise gute Regierungsbilanz, die Oppositionsrolle im Bund, die „Beißhemmungen“ der Mitkonkurrenten und potentiellen Regierungspartner sowie der enorme Popularitätsvorsprung des amtierenden Ministerpräsidenten.

- (3) Die CDU musste das schlechteste Wahlergebnis seit 1990 hinnehmen und blieb weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Für diesen Einbruch gibt es sowohl strukturelle als auch hausgemachte Ursachen: mangelnder Rückenwind aus der Bundespolitik, die strategisch ungünstige Ausgangsposition als Juniorpartner einer Großen Koalition, die fehlende Machtperspektive und der sehr defensiv angelegte Wahlkampf.
- (4) Die Linke stagniert unter der 20-Prozent-Marke und wurde anders als in den anderen ostdeutschen Ländern erneut deutlich auf den dritten Platz des Parteiensystems verwiesen. Die innerparteilichen Querelen im Land und im Bund verhinderten vermutlich ein besseres Ergebnis.
- (5) Die FDP verlor aufgrund des Bundestrends und der eigenen Zerstrittenheit fast drei Viertel ihrer Wähler und steht nunmehr vor existentiellen Herausforderungen. Demgegenüber konnten Bündnis 90/Die Grünen den Rückenwind vom Bund nutzen und erstmals in den Schweriner Landtag einziehen.
- (6) Die rechtsextreme NPD schaffte es erneut in den Landtag und verfestigte sich insbesondere in den östlichen Landesteilen weiter strukturell. Ein schnelles Abschmelzen der NPD-Wählerschaft ist von daher nicht zu erwarten.
- (7) Die SPD geht gestärkt, die CDU deutlich geschwächt in die Fortsetzung der Großen Koalition. Es bleibt abzuwarten, ob diese gegenüber 2006 veränderten Ausgangsbedingungen Rückwirkungen auf das Koalitionsklima haben werden.

Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011: Grün war nur die Hoffnung, die Realität ist rot-schwarz

Oskar Niedermayer

1. Die Ausgangslage

Die Abgeordnetenhauswahl 2006 war für die beiden seinerzeitigen Regierungspartner SPD und Linkspartei sehr unterschiedlich ausgefallen: Während sich die Sozialdemokraten auf dem 30-Prozent-Niveau stabilisierten, verlor die Linke etwa die Hälfte ihrer Wähler.¹ Das Wahlergebnis hätte rechnerisch auch eine rot-grüne Koalition ermöglicht. Sehr zum Ärger der Grünen, die als einzige Partei mit absoluten Stimmengewinnen das Wahlergebnis als klaren Regierungsauftrag ansahen, entschied sich die SPD jedoch für eine Fortsetzung von Rot-Rot.

¹ Zur Wahl 2006 vgl. *Oskar Niedermayer / Richard Stöss*, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006: Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 84 – 100.